

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

**PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!**

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (Inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Feber 1932

6. Jahrgang, Nr. 94

Stalin in Oesterreich

Je gefährlicher sich die Lage für die österreichischen Arbeiter zuspizt, desto toller werden die Purzelbäume des Stalinismus in Oesterreich.

Buresch und Seipel.

Beide sind Männer der Bourgeoisie, beide bewegen sich auf kapitalistischer Linie, beide wollen die Sanierung der Bourgeoisie auf Kosten der Massen, beide wollen die Liquidierung der Arbeitslosenversicherung, der Sozialpolitik, der Gewerkschaften, beide wollen die Donauföderation — siehe die Ausschiffung Schobers —, beide wollen die Restauration der Habsburger. Und doch repräsentiert jeder der beiden eine verschiedene kapitalistische Taktik.

Buresch, das ist jene kapitalistische Taktik, die sowohl den kapitalistischen Laien als auch den sozialdemokratischen Lakaien benützt und gerade darum den faschistischen fördert, um den sozialdemokratischen immer zu dem, was die Bourgeoisie jeweils braucht, kirre zu machen. Auf diesem Weg, auf dem die Sozialdemokratie ausgenützt wird, der kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse den Boden zu ebnen, will er Donauföderation, Habsburgerrestauration verwirklichen ohne Risiko. Gerade darum ist Buresch für kleine Konzessionen an die Sozialdemokratie, damit sie den Schein vor den Massen wahren und sich deren Gefolgschaft erhalten könne, ohne welche Gefolgschaft sie die gewünschten Lakaiendienste der Bourgeoisie nicht leisten könnte. Gerade darum will Buresch noch die Republik und noch einen gewissen demokratischen Schleier, der zur Seite gehoben werden soll, erst bis die Dinge völlig reif sind.

Seipel, das ist eine andere kapitalistische Taktik. Er will die volle Ausschaltung, die Liquidierung des sozialdemokratischen Lakaien. Die Lasten, die die Bourgeoisie zu ihrer Sanierung den Massen auferlegen will, sind ungeheuer. Er sieht klar, daß das mit Hilfe der Sozialdemokratie in dem der Bourgeoisie nötigen Tempo nicht zu erzielen ist. Republik und Demokratie sind die Form, in der das Kleinbürgertum sein höchstes Ziel

verwirklicht: kleinbürgerliche Mitbestimmung der kapitalistischen Politik. Er sieht klar, daß man, die sozialdemokratische Politik ausnützend, Republik und Demokratie zwar sehr weit unterhöhlen kann; aber dieses Unterhöhlen braucht Zeit und die Bourgeoisie braucht unbedingt rasches Tempo. Und schließlich sieht Seipel klar, daß das sozialdemokratische Kleinbürgertum Republik und Demokratie als höchstes kleinbürgerliches Klasseninteresse mit äußerster Kraft verteidigen und dazu die proletarische Gefolgschaft mobilisieren wird; daß in diesem Entscheidungskampf, und **einige es auch** mehr

um die schäbigsten demokratischen Reste, selbst der letzte Kommunist Schuler an Schutter mit den sozialdemokratischen Arbeitern auf Tod und Leben Republik und Demokratie gegen den Faschismus verteidigen wird, weil sie, gemessen am Faschismus, der günstigere Boden sind für den proletarisch-revolutionären Kampf, für den Kampf um die proletarische Diktatur. Aus all diesen Gründen ist Seipel für den bewaffneten faschistischen Staatsstreich, und zwar in kürzester Zeit. Ihn drängen Horthy, Mussolini, denen der Boden unter den Füßen wankt; ihn drängt Frankreich, das dringend eine end-

gültige Liquidierung des Anschlusses an Deutschland sucht, um in der Reparationsfrage freie Hand zu bekommen, ohne um die französische Hegemonie fürchten zu müssen; ihn drängt die Furcht, daß Hitler ihm zuvorkommt und die faschistischen Kräfte in Oesterreich vom schwarz-gelben Faschismus zum Hakenkreuzfaschismus schwenken; und vor allem drängt ihn die sich immer weiter verschärfende Krise des Kapitalismus.

Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß der Staatsstreich der schwarz-gelben Faschisten in der Nacht vom 24. auf den 25. Jänner losgehen sollte. An die-

Krieg im Osten

Schanghai und Nanking bombardiert. Harbin vor der Besetzung

Gegen wen führt Japan Krieg? In erster Linie gegen China: Japan hat chinesisches Gebiet an sich gerissen. In zweiter Linie gegen Sowjetrußland: die japanischen Banditen greifen nach Harbin. Die ostchinesische Bahn, die kürzeste Verbindung Rußlands mit Wladiwostok, ist unterbrochen, gleichzeitig ist dieser einzige freie, in den Ozean führende Hafen Sowjetrußlands von japanischen Truppen bereits bedroht. Aus der Mandschurei und Mongolei einen «unabhängigen» Staat zu machen, vollkommen unter japanischer Kontrolle, und eben dadurch Sowjetrußland und China, die chinesische und russische Revolution territorial zu trennen, um die chinesische Revolution und damit eine der Hauptreserven der russischen, die Weltrevolution zu ersticken, das ist das unmittelbare Kriegsziel. Das darüber hinausgehende Kriegsziel ist: im weiteren Verlauf die Front des imperialistischen Weltkrieges gegen Sowjetrußland von Osten aufzurollen.

Japan operiert im Einvernehmen mit den kapitalistischen Großmächten. Amerika, England wachen, daß ihre Sonderinteressen nicht verletzt werden, ansonsten aber wahren sie wohlwollende Neutralität, die sie natürlich zu maskieren suchen. Frankreich aber ist direkter Bundesgenosse, liefert Geld und Waffen den japanischen Banditen. Für Frankreich ist Japan das rechte Glied der Zange, dessen linkes Glied die französischen Imperialisten in Europa schmieden: In Oesterreich, indem sie durch endgültige Verhinderung des Anschlusses mittels einer Donauföderation die französische Hegemonie über Europa sichern; in Deutschland, indem sie einem Faschismus, der sich in die Front gegen Sowjetrußland unter französischer Führung eingliedert, die Bahn zu brechen suchen. Am deutlichsten zeigt das Verhalten des Völkerbundes, daß Frankreich, England, Amerika hinter dem japanischen Räuber stehen. Was hat den Arbeitern die Sozial-

demokratie die ganzen Jahre vom Völkerbund vorgeschwefelt, was haben die Adler, Bauer u. Co. für Jubellieder angestimmt über den «Kriegsächtungspakt»? Als Fetzen Papier, nicht einmal gut, sich damit den Hintern auszuwaschen, erweist sich all das.

Sowjetrußland ist in einer überaus schwierigen, gefährlichen Lage. Es ist selbstverständlich, daß es im Osten trotz aller japanischer Provokationen zurückhaltend, vorsichtig, klug operieren muß. Nachdem einmal Sowjetrußland durch achtjährige stalinistische Politik zu diesem Zustand der Schwäche hinuntergebracht worden ist, bei diesem durch die verbrecherische Schuld des Stalinismus herbeigeführten Zustand Sowjetrußlands, kann der proletarische Staat im Osten keine andere Politik machen. Aber die Tatsache allein, daß dieser ungeheuerlich freche Vorstoß der japanischen Banditen gegen die Sowjetmacht überhaupt möglich ist, zeigt, wie sehr wir recht hatten, als wir immer wieder schrieben: der stalinistische Aufbau ist eine große Sache, aber machtpolitisch wird durch die stalinische Gesamtpolitik die Arbeiterklasse, die Sowjetmacht als proletarische Macht geschwächt. Wie sich jetzt kraß zeigt, auch als nationale Macht geschwächt. Sogar als russisch-nationalistische Politik, die wir prinzipiell verwerfen, macht die stalinistische Politik bankrott.

Mit seinem Litwinow hat Stalin an dem pazifistischen Schwindel des Völkerbundes und seiner Pakte wacker mitgeholfen und hilft noch heute daran mit. Diese ganzen «Nichtangriffspakte» mit Frankreich, Polen, Finnland usw., binden sie etwa Frankreich und seinem Vasallen die Hände? Hat der «Kriegsächtungspakt» Japan die Hände gebunden und ist nicht Frankreich in direktem Bündnis mit dem kriegsführenden Japan? In Wirklichkeit hatten und haben diese stalinistischen «Nichtangriffspakte» keine andere Wir-

kung als die Massen nach gut sozialdemokratisch-pazifistischer Art einfließen. Wenn Lenin könnte, er würde mit einem Knüttel aus dem Grabe den stalinistischen Pazifisten gründlich den Hintern klopfen.

Der Schwerpunkt der gesamten Lage für die Sowjetmacht liegt nicht im Osten, auch nicht im russischen Aufbau, sondern liegt — in Deutschland. Den Aufbau mit äußerster Kraft vorwärts, sich in keinen ersten Konflikt einlassen, weder im Osten noch im Westen, selbst wenn es große Opfer fordert, das ist die stalinistische Linie. So opfert er die chinesische und deutsche Revolution. Im besten Falle würde Sowjetrußland so eine gewisse, nicht allzu lange Atempause gewinnen, doch nachher stünde Sowjetrußland zwar mit etwas mehr Giganten allein vollkommen isoliert dem ganzen Weltimperialismus gegenüber.

Die Lage der Weltarbeiterklasse, die Lage der Sowjetmacht fordert mit eisernem Gebot den sofortigen Uebergang zu einer grundsätzlich anderen, zu internationaler, zu revolutionärer Strategie, und zwar zur Strategie der revolutionären Offensive. Im Osten zurückhaltend, den Aufbau kräftig fortsetzen, doch das Schwergewicht der Gesamttaktion legen nach Deutschland: sofortige Offensive der KPd mittels Anwendung der leninischen Einheitsfronttaktik zur Erzwingung der Arbeiter-Einheitsfront zur Niederkämpfung des unmittelbar heranrollenden faschistischen Staatsstreiches und vorwärts zur roten Einheitsfront, zur Zerschmetterung des Faschismus! So und nur so kann die französisch-japanische Zange zerbrochen, so und nur so kann die Sowjetmacht erfolgreich verteidigt, so und nur so kann gesichert werden der Aufbau der Sowjetwirtschaft und der Vormarsch der Weltrevolution! Die Voraussetzung für all das lautet: Ueberwindung des Stalinismus, Uebergang von der Politik des «Sozialismus in einem Lande» zur Politik der internationalen Revolution!

Hungerkrawalle in Rom

Ueber eine Million Arbeitsloser gibt es heute in Italien, davon 800.000 ohne jede Unterstützung, 200.000 mit dem Schein einer Unterstützung. Trotzdem Mussolini seinen Terror aufs äußerste steigert: der Hunger drängt die Massen auf die Straße. In Rom wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert. Die faschistische Polizei vermochte sich gegen die Massen nicht durchzusetzen. So gespannt sind die Verhältnisse, daß Mussolini nicht wagte, die äußersten Mittel anzuwenden. Der Boden unter dem Banditen Mussolini wankt immer stärker!

len Stellen der Provinz hatten sich die Faschisten von den Autobusunternehmern die Autobusse gesichert, um den «Volksaufmarsch» überallsamtig durchzuführen. Der Aufruf der Sozialdemokratie am 24. Jänner zeigte jedoch, daß das Risiko noch immer viel zu groß ist. Darum haben die schwarz-gelben Faschisten abgeblasen und den Termin um einige Wochen hinausgeschoben. Darum vorläufig nur dieser Regierungswechsel: ein Ruck nach rechts auf der Buresch-Linie, um den Boden für die Seipel-Aktion noch gründlicher zu ebnen. Die neue Regierung ist eine Uebergangsregierung für kurze Zeit. In einigen Wochen wollen die schwarz-gelben Faschisten los schlagen.

«Das kleinere Uebel.»

«Die Arbeiter sollen sich von den Sozialdemokraten nicht wieder einmal einreden lassen, daß der Seipel der Wauwau und der Feind ist. . . Das ganze ist ein Manöver der Sozialdemokratie, damit die Arbeiter nicht sehen, daß Buresch die wirkliche Gefahr ist und um die Tolerierungspolitik zu bemängeln», so schrieb die «Rote Fahne» am Morgen desselben Tages (24. Jänner), für dessen Nacht die schwarz-gelben Faschisten ihren bewaffneten Staatsstreich angesetzt hatten. Gewiß, die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie muß bekämpft werden, sie ist nur eine Form der Koalitionspolitik, dieser Politik des Verrates an der Arbeiterklasse. Allein zu sagen: Buresch ist die wirkliche Gefahr, nicht Seipel — was bedeutet das in seiner Auswirkung anderes, als daß für den Stalinismus das «kleinere Uebel» ist — Seipel! Gewiß, die Sozialdemokratie verrät die Arbeiter, indem sie ihnen vorschwindelt, Buresch sei «das kleinere Uebel». Aber genau dasselbe tut der Stalinismus, indem er der Auswirkung nach den Arbeitern vormacht — Seipel sei «das kleinere Uebel». Diese ganze Theorie vom «kleineren Uebel» ist ein Unsinn, ein schädlicher, gefährlicher Unsinn. Der Streit, welches von diesen beiden Uebeln das «größere» oder das «kleinere» sei, ist Unsinn. Buresch und Seipel sind zwei verschiedene Taktiken ein und derselben Klasse. Das Proletariat muß jeder der beiden Taktiken begegnen, muß sie beide bekämpfen, um die ganze Bourgeoisie zu schlagen.

Die Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Lakai wehrt sich seiner Haut gegen den faschistischen Konkurrenten, der ihn verdrängen, vernichten will. Die Sozialdemokratie wehrt sich gegen den Faschismus mit der ganzen Kraft, deren sie fähig ist. Sie will und wird gegen den faschistischen Staatsstreich auch mit den äußersten Mitteln kämpfen. Beileibe nicht um der Arbeiterschaft willen! Sondern einzig und allein um des Kleinbürgertums willen. Die Sozialdemokratie will das sozialdemokratische Kleinbürgertum vor Vernichtung bewahren, sie will Republik und Demokratie erhalten, um dem sozialdemokratischen Kleinbürgertum die Mitbestimmung zu erhalten an der kapitalistischen Politik. Ihr Ziel ist und bleibt die Koalitionsregierung, im besten Falle die sozialdemokratische Regierung, die nur die verschlagene Form ist der Koalitionspolitik. Die Sozialdemokratie mobilisiert die Arbeiter zugunsten des Kleinbürgertums. Dieselben Waffen, womit sie heute entschlossen ist, gegen den faschistischen Staatsstreich zu kämpfen, dieselben Waffen will und wird sie, sobald nachdem die Arbeiter ihre selbständigen proletarischen Klassenforderungen gegen die Bourgeoisie erheben werden, dieselben will und wird die Sozialdemokratie dann gegen die Arbeiterklasse kehren.

Gerade darum ist es Pflicht der Klassenpartei der Arbeiter, der Kommunistischen Partei, den Arbeitern die gegenwärtige Lage, die vom Standpunkt der Arbeiter aus notwendige proletarische Klassenlinie klar aufzuzeigen, durch eine richtige Taktik einzuleiten, die Loslösung der Arbeitermassen von der Sozialdemokratie, die Ueberleitung der sozialdemokratischen Arbeitermassen auf die revolutionäre Linie, unter die Führung der Kommunistischen Partei. Der Stalinismus macht das Gegenteil.

«Rote Einheitsfront.»

Als die schwarz-gelben Faschisten mit ihrem Ultimatum den bewaffneten Staatsstreich ankündigten, schrieb die «Rote Fahne» (20. Jänner): «Was wir brauchen, ist die Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter!» Also beileibe nicht die Einheitsfront aller Arbeiter, sondern nur die der revolutionären Arbeiter. In den Flugblättern rief die Stalinbureaukratie zur «Kampfeinheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei!» Also beileibe nicht nach der Einheitsfront aller Arbeiter, sondern nach der Einheitsfront nur jener Arbeiter, die bereits so weit sind, die Notwendigkeit der kommunistischen Führung einzusehen. Dank der jahrelangen stalinistischen Bankrottspolitik sind die revolutionären Arbeiter in Oesterreich eine sehr kleine Minderheit. Der Stalinismus will also eine «Einheitsfront — unter Ausschluß der gewaltigen Mehrheit der österreichischen Arbeiter!» Der Stalinismus stößt so die Arbeiter, von denen ein wachsender Teil immer unzufriedener wird, mit der Sozialdemokratie, vom Kommunismus, von der Kommunistischen Partei ab, zurück in die Arme der Sozialdemokratie!

Einheitskongresse sind ein vorfreiliches Mittel. Aber Einheitskongresse auf dieser Linie werden keinen Erfolg haben.

Streiks, richtig geführt, sind eine vorzügliche Waffe. Aber Streikpolitik auf dieser Linie wird keinen Erfolg haben. Die revolutionären Arbeiter in den Betrieben sind dank des Stalinismus ein winziges Häuflein, die nichtrevolutionären Arbeiter sind in den Betrieben die gewaltige Mehrheit. Ist es möglich, die nichtrevolutionären Arbeiter in den Betrieben für eine Streikpolitik zu gewinnen auf dem Boden einer «Einheitsfronttaktik», die die Einheitsfront mit den nichtrevolutionären Arbeitern von Haus aus ablehnt?

In den Gewerkschaften arbeiten, ist ein unumgänglich notwendiges Kampfmittel. Allein was schreibt die «Rote Fahne» (20. Jänner): «Wollen wir etwa die Gewerkschaften erobern, können wir die reformistischen und faschistischen Gebilde zu revolutionären Organisationsgestalten? Darüber besteht wohl unter allen revolutionären Arbeitern schon ziemliche Klarheit, daß dies nicht möglich ist. . . Dennoch ist die Arbeit in den Gewerkschaften eine wichtige Arbeit zur Erhebung der entscheidenden Schichten des Proletariats.» Die entscheidende Frage positiv zu beantworten, das wird hier bewußt umgangen. Doch gerade diese positive stalinistische Antwort auf die Gewerkschaftsfrage muß ausgesprochen werden. Sie lautet: Rote Gewerkschaften! Das heißt Spaltung der bestehenden Gewerkschaften und Bildung, Ausbau eigener kommunistischer Gewerkschaften. Was fordert das proletarisch-revolutionäre Interesse, was fordert Lenin: eiserne Ausdauer im Kampf innerhalb der Gewerkschaften, um sie zu erobern; zu diesem Zweck Zusammenfassung in Fraktionen, die im Rahmen der gewerkschaftlichen Satzungen arbeiten; Zusammenfassung dieser gewerkschaftlichen Fraktionsarbeit durch die RGO, die zugleich die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaokraten ausgeschlossenen Revolutionäre aufnimmt, für den Kampf um die Gesundung der Gewerkschaften verwertet und um deren Wiederaufnahme in die Gewerkschaften kämpft. Die stalinistische Gewerkschaftspolitik ist ein Faustschlag ins Gesicht Lenins, ein Faustschlag gegen das proletarisch-revolutionäre Interesse, ein Faustschlag gegen die Kommunistische Partei. Mit der «roten Gewerkschaftstaktik», mit der «roten Einheitsfronttaktik» werden die Arbeitermassen für die kommunistische Sache nicht nur nicht gewonnen, sondern von der Kommunistischen Partei abgestoßen und in die Arme der Sozialdemokratie, obwohl sie mit ihr immer unzufriedener werden, immer wieder zurückgetrieben.

Der Schaden, den die stalinistische Politik der Arbeiterschaft zufügt, ist so sichtbar, daß die Sozialdemokratie einfach nur auf die krassen Fälle hinzuweisen braucht, um die gegen die Sozialdemokratie rebellierenden Arbeiter immer wieder für die Sozialdemokratie einzufangen. Der Stalinismus ist der Zutreiber der Sozialdemokratie.

Es ist nicht lange her, da schrieb der Stalinismus in Oesterreich (übrigens auch in Deutschland), der Faschismus sei längst schon an der Macht, es handle sich nur mehr um eine «Verschärfung innerhalb des Faschismus». Das ging so die ganze Zeit von 1928 bis 1930 auf jeder Seite der Stalinpresse. Wer dagegen aufmerkte, war ein «verkaltes Element», ein «Konterrevolutionär». Auch angesichts des faschistischen Staatsstreichversuches 1929 schrieb die Stalinpresse, das sei nur ein Wauwau, in Wirklichkeit sei die «faschistische Diktatur in Oesterreich längst schon etabliert», es bedürfte dazu keines Staatsstreiches mehr. . . Seit dem 27. Jänner 1932 geruht die Stalinpresse, wie wenn nichts geschehen wäre, zu schreiben von dem «Anwachsen der faschistischen — Gefahr». Das scheint der erste Beginn einer Besserung zu sein, in Wirklichkeit soll dadurch nur die Täuschung der Parteimitglieder «verbessert» werden. Diese scheinradikale stalinistische Phrase war zu kraß im Widerspruch mit den Tatsachen, sie wurde in aller Stille abgebaut, um die alte grundsätzliche Grundlinie weiter gehen zu können, die stalinistische «Generallinie». Wer Zeit hat, kann übrigens bei näherer Prüfung finden, daß die «Rote Fahne» kunterbunt durcheinander beide Auffassungen vertritt der Faschismus ist schon an der Macht — der Faschismus ist noch nicht an der Macht.

So treibt es der Stalinismus in Oester-

reich, in Deutschland, in allen Ländern. Ueberall mißbraucht er die kommunistischen Parteien zu einer scheinradikalen Politik, um die Arbeiter über den wahren Charakter seiner Gesamtpolitik und insbesondere seiner russischen Politik zu täuschen.

Die Arbeiterschaft verwechselt den Stalinismus mit dem Kommunismus. Alle Sünden des Stalinismus legen die Arbeiter irrgewissermaßen zur Last dem Kommunismus, der Kommunistischen Partei. Darum ist der unerbittliche Kampf gegen den Stalinismus, darum ist die Ueberwindung des Stalinismus durch die Politik des revolutionären Realismus, des revolutionären Internationalismus, das heißt durch die Politik von Marx und Lenin, unumgänglich notwendig für die Kommunistische Partei, für den Kommunismus, für die proletarische Revolution, für die ganze Arbeiterklasse. Den Faschismus zerschmettern, die Arbeiterschaft zur Macht führen, die Arbeitermacht, den proletarischen Staat, die proletarische Diktatur, behaupten, das kann die Arbeiterklasse nur unter Führung der gesunden Kommunistischen Partei. Die kommenden Erfahrungen werden das der Arbeiterschaft beweisen. Die Linksopposition, Schulter an Schulter mit den Arbeitern gegen den Faschismus kämpfend, wird alles daran setzen, den Klärungsprozeß in der Arbeiterschaft zu beschleunigen und mit Hilfe der Arbeiter die Gesundung der Kommunistischen Partei zu erkämpfen.

„Eiserne Front“

Was ist diese «eiserne Front», mit der die Sozialdemokratie so viel Wesen macht? Außer dem Reichsbanner und den Arbeitersportlern werden ihr die Abwehrorganisationen der Gewerkschaften angehören, denen man den Namen Hammer-schaften gegeben hat, berichtet die «Arbeiter-Zeitung». Das Reichsbanner ist eine in der Hauptsache von der SPD und vom Zentrum gebildete Wehrgeneration. Es ist eine Koalition zwischen SPD und Zentrum. Bestand und Politik gehört mit zum System der sozialdemokratischen Tolerierung der Brüningdiktatur. Was ist also die «eiserne Front»? Es ist eine neue Form des alten Verrats. Nur daß unter dem neuen Namen die Arbeiter noch mehr in die Koalition hineingepreßt werden zugunsten der Bourgeoisie.

Wieso kommt es, daß dem verräterischen Ruf der «eisernen Front» so große Arbeitermassen folgen? Wieso kann die SPD ihre verbrecherische Tolerierungspolitik so noch steigern, dem Faschismus noch mehr den Weg bereiten, ohne daß die Arbeitermassen ihr davongehen, ohne daß sie dorthin gehen, wohin sie gehören, zur Kommunistischen Partei? Nun, sie dankt das der stalinistischen Politik der KPD.

Wodurch leistet der Stalinismus der Sozialdemokratie unbezahlbaren Dienst?

Erstens durch die stalinistische «Theorie» vom Sozialfaschismus, die die Sozialdemokratie als einen Flügel des Faschismus hinstellt und behandelt. Der einfachste sozialdemokratische Arbeiter, obwohl seine Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Politik immer mehr wächst, erkennt auf den ersten Blick, daß die Einschätzung der Sozialdemokratie als «Sozialfaschismus» grundfalsch ist und schreckt davor zurück, sich einer Führung anzuvertrauen, die so grundfalsch urteilt und operiert.

Zweitens durch die «Theorie» vom «kleineren Uebel». Mit Recht führt die KP einen unerbittlichen Kampf gegen die Tolerierungspolitik. Aber dank dem Stalinismus führt sie diesen Kampf so, daß sie sich selbst auf den Boden des «kleineren Uebels» stellt. Nur daß sie als das «kleinere Uebel» nicht Brüning behandelt, sondern — Hitler. Gewiß ist das nicht die Absicht der stalinistischen Taktik, aber es ist deren Wirkung. Um die Arbeiter loszulösen von der Politik des sozialdemokratischen «kleineren Uebels», muß die KP den Boden des stalinistischen «kleineren Uebels» verlassen, muß sie die Theorie des «kleineren Uebels» überhaupt verlassen und muß sich auf den

für das Proletariat einzig richtigen Boden stellen: Weder Brüning noch Hitler. Ihr Konflikt muß ausgenutzt, beide müssen bekämpft, besiegt werden.

Drittens durch die «Rote Einheitsfronttaktik». Gewiß, letztes Ende ist es vollkommen richtig: der Faschismus kann nur besiegt werden durch die Massen unter Führung der Kommunistischen Partei, also durch die Rote Einheitsfront. Aber leider stehen wir nicht vor letztem Ende, sondern leider stehen wir in Deutschland zu nächst vor folgenden Tatsachen:

a) Der Faschismus wird und muß in nicht allzu langer Zeit den gewaltsamen Staatsstreich wagen. Es kann die disparaten Klassenelemente, die er in dem ihm noch folgenden Massen vereinigt, nur weiter halten, indem er schleunigst die Macht erobert, sonst laufen sie ihm davon in alle Winde.

b) Die KPD hat gegenwärtig dank der stalinistischen Brankrottpolitik sehr hoch gegriffen einen Aktionsradius von 5 Millionen. Mit diesen 5 Millionen allein ist sie nicht stark genug, die unmittelbar herankommende faschistische Gewaltaktion niederzuerzwingen.

c) In der Kürze der bis zu diesem Entscheidungskampf zur Verfügung stehenden Zeit ist die KP nicht imstande, die sozialdemokratischen Arbeitermassen auf die revolutionäre Linie, das heißt unter die Führung der KP überzuleiten — wenn sie sich nämlich beschränkt auf die Methoden der direkten Agitation, auf die Taktik der bloßen Einladung an die sozialdemokratischen Arbeiter: Kommt, kämpft mit den Kommunisten! Kommt, kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei! Kommt, bildet mit den Kommunisten zusammen die «Rote Einheitsfront»!

d) Nur die Zusammenfassung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen zu einer Kampffront, nur die Arbeiter-Einheitsfront kann in dieser Lage den Sieg der Arbeiterklasse gegen den rasch anrollenden faschistischen Staatsstreich gewährleisten.

e) Die Arbeiter-Einheitsfront kann in dieser Lage nur geschaffen werden, indem die KP durch richtige Anwendung der leninischen Einheitsfronttaktik, durch kombinierte Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten und oben die Sozialdemokratie zur Arbeiter-Einheitsfront zwingt. Das heißt, zuerst einmal eine konzentrierte, sich an die sozialdemokratischen Arbeiterwendende Massen-kampagne für Losungen, die vom Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeitermassen unbedingt annehmbar sein

STEIERMARK

Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimmen»
Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/1. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Freitag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Weitzer Waggonfabrik

Die Aktionäre, die die aus uns herausgeschundenen Millionen verpressen, haben sich «Weihnachtsremunerationen» geholt. An die Bundesbeamten, die mit der Fabrik in Verbindung stehen (wahrscheinlich die, die über die Vergebung der Bahnaufträge verfügen!) haben sie etliche tausend Schilling in Form von Weihnachtsgeldern verteilt. Für uns Proleten aber gab es Weihnachts- und Neujahrsbeschenke nur in Form von wöchentlichen Entlassungen von 30 bis 50 Weitzer Proleten . . .

Ein Weitzer Arbeiter.

Firma Reininghaus

Unsere Bude nennt sich «human»! Allerdings für einen Arbeiter, der bei uns schuftet muß, Für Eisenarbeiten gibt's pro Stunde sage und schreibe bei elender Kälte 52 Groschen pro Stunde. Die landwirtschaftlichen Arbeiter verdienen überhaupt einen Hungerlohn. Aber die Firma läßt sich nicht lumpen! Während sie auf der einen Seite die Arbeiter auf das allergeringste ausbeutet und sich enorm auf

Kosten der hungernden Arbeiter berechnete, schenkt sie großmütig der «Winterhilfe» einen Waggon Kohle! Augenauswischerei!
Ein Arbeiter.

Praktiken der Gemeinde Eggenberg

Das furchtbare Elend der Obdachlosen und Augesteuerten bewog unsere Eggenberger Zelle, an die Marktgemeinde heranzutreten, um zu fragen, was sie in der nächsten Zeit zur Bekämpfung der Not der Augesteuerten zu unternehmen gedenke, und um positive Vorschläge zur Errichtung von Notquartieren zu machen. Unsere Genossen Konrad Ortner und Erich Kernmayr sprachen im Auftrag der Zelle bei dem bekannten Amtsleiter Kral vor. Kral erklärte, er verhandle mit Kernmayr nicht, da dessen Einstellung zum Amte genügend bekannt sei. Die schriftliche Eingabe werde ordnungsgemäß erledigt. Bis heute, es sind gute vier Wochen her, hat die Gemeinde und ihr feiner Herr Amtsleiter nicht geantwortet. Am Plawutsch sind Obdachlose erfroren. Dutzende entwurzelte Proletarier gehen dem Untergang entgegen. Was schert das unsere Gemeindeväter!

Obdachlose sollen in der Weihnachtszeit die Fensterscheiben des Gemeindefestsaals zertrümmert haben und einen Zettel mit Weihnachtsgrüßen für die «Gemeinde Eggenberg und ihren Bluthund Kral» am Rathausort angeheftet haben. Die bürger-

liche Presse hat das sehr entrüstet gemeldet. Wir verstehen die Empörung der Hungernden. Doch solche Handlungen helfen nicht. Helfen können nur die geschlossenen Massenaktionen der Proletarier, die einst mit der skandalösen Gemeindeführung und dem Arbeiterfeind Kral aufräumen werden.

Die sozialdemokratischen Augesteuerten müssen es sich merken: Die rote Gemeinde Eggenberg hat bis heute es nicht einmal der Mühe wert gefunden, auf die Vorschläge der linken Kommunisten, wie man das Elend der Augesteuerten lindern könnte, auch nur zu antworten!

KP (Opposition) Zelle Eggenberg.

Karosseriefabrik Straßer

Puntigam, Bundesstraße 33

Abbau, Abbau! — Manchmal wäre es zum Lachen, was die kapitalistische Pleite hervorbringt an Widersinn, wenn's nicht so traurig wäre. Unter anderen sind von einzelnen Werkstätten des Betriebes die Lehrlinge abgebaut. Sie erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Die Gewerbeschule müssen sie besuchen. Andere Unternehmer nehmen sie nicht, da sie ohnehin «lernen». Vielleicht werden sie «frei», ohne recht zu wissen, wie ihr Handwerk aussieht . . .

Ein Puntigamer Arbeiter.

So schauen sie aus . . .

Infolge der «Arbeiter-Stimmen» sind die Andritzer Bonzen nervös geworden. Sehr nervös

sogar. So schrieb der «Genosse» Bürgermeister Juer anlangend an die Sektionsleitung der SP einen Brief, worin er erklärte, er werde die Sektionsleitung nicht besuchen, da unter den Vertrauensleuten so viel «Bolschewiki» sitzen. So gelacht haben die Vertrauensleute schon lange nicht.
Ein Andritzer.

„Arbeiterfreund“

Der Hahnenschwänzer Bleichner, Puntigam, Feldgasse, ist ein echter Arbeiterfreund. Als pensionierter Eisenbahnbeamter ist er natürlich noch Nachtwächter beim Fleischhauer Binder und nimmt so durch seinen Doppelverdienst einen anderen Proleten das Brot weg. Bei jeder Gelegenheit beschimpft er die Arbeiter mit «Arbeiterbagatel» und droht mit «blauen Bohnen»!
Ein SA-Jer.

Achtung!

Arbeitslose! Betriebsarbeiter!

Bescheide, Gesuche, Eingaben, Beratung in arbeiterrechtlichen Fragen erledigt vollkommen kostenlos die

Arbeiterrechtsschutzstelle der „Arbeiter-Stimme“

Jeden Mittwoch von 3 bis 8 Uhr im Gasthaus «Tiroler Weinstube», Graz, Idehofgasse 31

müssen, wie zum Beispiel gemeinsamer Schutz den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterheimen, Gewerkschaftshäusern, Konsumvereinen usw., zu diesem Zweck als erster Schritt Bildung gemeinsamer Abwehrkomitees; kein weiterer Lohnabbau, keine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung usw. Nachdem so ein genügender Massendruck entfaltet ist — eine ein-, zwei-, höchstens dreiwöchige Massenkampagne mit Presse, Flugblättern, Broschüren, Versammlungen würde dazu genügen — dann öffentliches Angebot in aller Form an die Sozialdemokratie als

Partei die Einheitsfront für die oben genannten Losungen mit der Kommunistischen Partei zu schließen, bei voller organisatorischer Selbständigkeit und voller Freiheit der Kritik für beide Parteien. Die Sozialdemokratie würde durch diese Taktik vor die Alternative gestellt: entweder ablehnen, dann Gefahr, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeitermassen sofort zur KP umschwenken — doch ohne Arbeiter ist die SP für die Bourgeoisie nichts wert — oder in die Einheitsfront gehen — selbstverständlich mit der Absicht, sie auf Schritt und Tritt zu sabotieren. Und gerade diese Sabotage — immer vorausgesetzt, daß die KP taktisch weiterhin richtig operiert — würde bei jedem noch so kleinen Schritt vorwärts den Massen die verräterische Rolle der SP in der leibhaftigen Erfahrung enthüllen und so mitten im Kampf das erste lassen, was durch bloß direkte Agitation zu erzielen jetzt nicht möglich ist, die «Rote Einheitsfront», mit der letzten Ende allein der Faschismus, die Bourgeoisie, besiegt werden wird.

Immer mehr spitzt sich die Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse zu. Die Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse durch den Faschismus würde die Gefahr für die Sowjetmacht, ja für die ganze Weltarbeiterklasse aufs äußerste steigern. Die Arbeiter-Einheitsfront kann und muß geschaffen werden, anders ist bei der gegebenen Lage der furchtbaren, unmittelbar drohenden Gefahr nicht zu begegnen. Niemals wird die Arbeiter-Einheitsfront herbeigeführt durch die Sozialdemokratie, diese kleinbürgerliche Partei, deren Grundlinie die Zusammenarbeit mit derselben Bourgeoisie ist, für die der Faschismus die letzte Hauptstütze bildet. Die Arbeiter-Einheitsfront kann entstehen nur durch die proletarische Klassenpartei, das ist durch die Kommunistische Partei. Allein die Kommunistische Partei wird durch den Stalinismus gehindert, das zu erfüllen, was die geschichtliche Stunde gebieterisch von ihr fordert. Immer krasser in Widerspruch setzt sich der Stalinismus mit dieser für das Proletariat, für die Kommunistische Partei unumgänglichen Notwendigkeit. Dieser Wider-

spruch kann zur Katastrophe führen für die Arbeiterklasse. Er wird es nicht, denn gerade in dieser ungeheuren Gefahr der Arbeiterklasse können, müssen und werden die Kommunisten das überwinden, was die Partei hindert, den Stalinismus, werden die Kommunisten die Kommunistische Partei gesunden, sie befähigen, ihre Rolle als proletarische Klassenpartei zu erfüllen durch deren Rückführung auf die leninische Linie, auf die Linie der leninischen Einheitsfronttaktik: durch Schaffung der Arbeiter-Einheitsfront!

Nichtangriffspakt

Auf die Verhandlungen mit der Bourgeoisie Frankreichs, Polens, Finnlands über einen Nichtangriffspakt legt Stalin jetzt das Schwergewicht seiner Diplomatie. Gebt dem Stalinismus Kredite, dafür verpflichtet er sich, keinen Angriff auf Frankreich, Polen, Finnland zu unternehmen oder auch nur zu unterstützen und zahlt in Jahresraten die zaristischen Milliarden schulden an Frankreich zurück. Das ist der wesentliche Inhalt dieser Verhandlungen, worin Stalin unter anderem den polnischen Korridor, Schlesien, sichert, also praktisch den Versailler Sklavenvertrag garantiert. Die finanzkapitalistische «Neue Züricher Zeitung» berichtet darüber am 10. Jänner: «... Unerwartetes Einlenken Moskaus . . . Konzessionen Stalins ganz ungewöhnlicher Art . . . Bereitschaft, die Verständigung mit Frankreich nicht an der deutschen Frage scheitern zu lassen . . . Stalin hat alles auf die französische Karte gesetzt, er ist sich dessen bewußt, eine große politische Partie zu spielen, er braucht auf lange Zeit Frieden und will ihn mit allen Mitteln erzwingen . . . Ein mit so großen Konzessionen erstrittener Pakt könnte einen Schritt bedeuten zur Eingliederung Rußlands in die europäische (lies: kapitalistische) Interessengemeinschaft . . .

Mit der Weltarbeiterklasse zusammen kann Sowjetrußland die Weltbourgeoisie besiegen. Läßt Sowjetrußland jedoch die deutsche Arbeiterklasse vom Faschismus zertreten, dann steht es isoliert dem Weltimperialismus gegenüber. Das Klasseninteresse des Weltproletariats heischt, daß die Komintern, daß die Sowjetmacht ihre Hauptkraft nach Deutschland werfen, um den deutschen Arbeitern zu helfen, den Faschismus zu zerschmettern, um die proletarische Revolution vorwärts zu tragen. Aber Stalin treibt nicht die Politik der proletarischen Weltrevolution. Ihm geht alles um den nationalen Aufbau in Rußland, ihm geht der russische Aufbau über alles, auch über die internationale Revolution. Statt diesen der Weltrevolution unterzuordnen, unterordnet er diese dem russischen Aufbau. So wächst durch den

Stalinismus die Gefahr, daß die deutschen Arbeiter, daß die Arbeiter Mitteleuropas unter die Räder kommen und nach ihnen — Sowjetrußland.

Die Paktverhandlungen mit dem französischen Imperialismus sind Stalin wichtiger als die proletarische Revolution in Deutschland. Dabei ist es im höchsten Grad wahrscheinlich, daß die französische Bourgeoisie den Stalinismus nur ausnutzt, um die deutsche Bourgeoisie für das Ziel des französischen Imperialismus mübe zu machen: imperialistische Einheitsfront gegen Sowjetrußland unter französischer Führung.

Spanien

Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung sabotiert alle ernststen Massenforderungen und geht gegen die Arbeiter mit rücksichtsloser Gewalt vor. Diese Lage benutzen die Monarchisten zu einem Vorstoß. Gerade dadurch kam die Masse von neuem in revolutionären Schwung. Allein ihre Führung ist noch immer in den Händen der zwar revolutionär eingestellten, aber durch und durch verrotteten Anarchosyndikalist. So ist es der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung nicht schwer, die Bewegung, niederzurufen. Einen Teil der Massen hüllt sie ein mit der Auflösung des Jesuitenordens, den anderen läßt sie vom kapitalistischen Staatsapparat niederknüllen. Eine Massenbewegung, die fähig ist, die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung in revolutionärem Kampf zu besiegen, kann in Spanien herausgebildet werden nur durch Ueberwindung des Anarchosyndikalismus. Dieser wirtschaftlich durch seine Unfähigkeit. Doch darum geht es, die sich von ihm abkehrenden Massen für die kommunistische Politik zu gewinnen. Auch in Spanien erweist sich der Stalinismus als Hindernis des revolutionären Vormarsches. Der stalinistische Kurs hindert die KP Spaniens, die Liquidierung des Anarchosyndikalismus zu beschleunigen und die Massen zu sich überzuleiten.

Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein

Wieviele nehmen dieses Wort des kommunistischen Manifestes in den Mund, um — die Arbeiter vom richtigen Weg abzulenken.

Nur indem die Arbeiter ihre proletarische Klassenpartei, die Kommunistische Partei, schaffen, aufbauen, können sie selbst das Werk ihrer Befreiung verrichten. Darum ist die Gesundheit der Partei die Grundaufgabe der ganzen Arbeiterklasse.

40-Stundenwoche

Das ist die Losung, womit die Sozialdemokratie jetzt trommelt. Danach sollen die Arbeiter, die noch 48 Stunden die Woche arbeiten, nur mehr 40 Stunden arbeiten und wöchentlich um 15 Prozent weniger Lohn bekommen als bisher. Die sozialdemokratische Losung der 40-Stunden-Woche ist also ein Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch — Lohnabbau. Um das den Arbeitern schmackhaft zu machen, versucht sich die SP um die entscheidende Frage in folgender Form zu drücken: Die Arbeitszeit soll auf 40 Stunden herabgesetzt und die neuen

Löhne «betriebsweise» vereinbart werden. Das bedeutet von vornherein, die Arbeiter zersplittern und das herbeiführen, was die Unternehmer wollen, die weitere Herabsetzung der Löhne. Dabei wäre damit auch den paar Arbeitslosen, die so in den Betrieb kämen, nur sehr vorübergehend geholfen. Denn, einmal durchgeführt, begänne das alte Spiel von neuem: Steigerung der Arbeitsleistung, bis wieder eine Anzahl von Arbeitern aus dem Betrieb fliegt. Die Losung der Arbeiter muß lauten: 40-Stunden-Woche bei unverkürztem Wochenlohn.

Aus der Partei

Linzer Stalinmethoden

Genosse Habel, der gegen den Ausschluß des Genossen Pschierer angekämpft hat, wurde auf Veranlassung des Stalinhelden Kerschbaumer ausgeschlossen. Da es ihm nicht gelungen ist, den Genossen Habel zu überzeugen, so blieb dem Kerschbaumer nichts anderes übrig, als sich an Kopienig zu wenden, damit jemand sofort nach Linz komme, den Genossen Habel auszuschließen. Nun hat sich Kerschbaumer die Vertrauensmänner zu einer Sitzung zusammenberufen, wo der Sendling der Stalinbureaukratie «Bruno» sie bearbeitete. Den Genossen Habel hatte man vorgeladen, als es den Stalinhelden aber nicht gelungen ist, ihn für sich zu gewinnen, so schlossen sie ihn in seiner Abwesenheit aus der Partei einfach aus. In seiner Abwesenheit abstimmen zu lassen, trauten sich die Stalinbonzen nicht.

Wir fragen: Warum mußte man den Genossen Habel wegkicken, warum durfte er nicht anwesend sein bei der Abstimmung? Daher können wir es glauben oder auch nicht glauben, daß der Ausschluß einstimmig gefaßt worden sei. Warum weigerte man sich, die Mitgliederversammlung entscheiden zu lassen? Habel hat ja in der letzten Mitgliederversammlung gefordert, man möge darüber abstimmen lassen, ob er ausgeschlossen werden soll oder nicht. Wir fragen: Gilt Kerschbaumer mehr als die gesamte Ortsgruppe? Warum die gleiche Abstimmung? Warum muß ein Beauftragter des ZK entsendet werden? Rechnen euch's, Genossen, aus, was die Fahrtspesen allein ausmachen (zum Ausschluß des Genossen Pschierer war sogar vom Internationalen Bureau «Vertreter» gekommen). Dafür hat die Stalinbureaukratie Geld. Dieses Geld wird von den ehrlichen Mitgliedern geholt und damit werden die Korruptionisten aufs heftigste von der Stalinbureaukratie unterstützt. Weil Genosse Habel mit der Korruptionwirtschaft und der politischen Bankrottwirtschaft des Stalinismus nicht einverstanden war, darum wurde er ausgeschlossen.

Parteigenossen! Kämpft zusammen für die Gesundheit der Partei!
Ortsgruppe Linz, KP (Opposition).

Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Von Josef Gafner

Vormerkung der Redaktion: Die Arbeiter sind im Interesse der proletarischen Sache verpflichtet, dem Aufbau der Sowjetwirtschaft Opfer zu bringen. Das haben wir immer wieder betont und betonen es auch heute. Allein wir haben zugleich auch immer wieder unterstrichen und unterstreichen es auch heute: Opfer an Lebenshaltung — das ja, aber niemals — Opfer an Macht! Die Stalin-Politik führt fortgesetzt zu einer immer weiter greifenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zum Nachteil des Proletariats. Nicht zuletzt dadurch, weil die Opfer an Lebenshaltung, die sie den Arbeitern auferlegt, nicht vorübergehend sind. Die Last, die der Stalinismus nun schon lange Jahre ohne Unterbrechung auf die Arbeiter wälzt, schwächt die Widerstandsfähigkeit und damit auch die Macht der Arbeiterklasse. Indem der Stalinismus die wahre Lage der russischen Arbeiter verschweigt, ja sie ins Gegenteil schönfärbt, erschwert er es, jene Schwierigkeiten zu überwinden, die in der überaus drückenden Lage der russischen Arbeiter ihren krassensten Ausdruck finden. Auch dadurch vergrößert er fortgesetzt die Gefahr für die proletarische Diktatur.

Der gigantische Aufbau der russischen Wirtschaft bringt unvermeidlich große Schwierigkeiten mit sich. Doch daß diese Schwierigkeiten zu einem gigantischen, für die Arbeiterklasse immer unerträglicheren und die Sowjetmacht immer mehr gefährdenden Maß anschwellen, daran ist schuld der Stalinismus. Die erste Voraussetzung, um die Überwindung dieser Schwierigkeiten in die Wege zu leiten, ist, sie den Arbeitern nicht zu verschweigen, sondern sie ihnen im Gegenteil mit voller Offenheit in ihrer ganzen Wahrheit darzulegen. Denn nur mit Hilfe der Arbeiter, nur mit Hilfe der Arbeiter der Welt können und werden all diese Schwierigkeiten überwunden werden. Darum geht es!

Die Stalin-Presse führt die Arbeiterschaft planmäßig irre über die wahren Verhältnisse unter dem Stalinismus, insbesondere über die wahre Lage der russischen Arbeiter. Diese Schönfärbereien nützen nicht, sondern schaden der Sowjetmacht. Wer der Arbeiterschaft vorerzählt, wie prächtig alles in Rußland sei, wie glänzend es den russischen Arbeitern gehe, der lullt die Arbeiter in Wirklichkeit ein. Denn er ruft in ihnen die irige Meinung hervor, Rußland sei der große Onkel, von dem alle Arbeiter Hilfe zu erwarten haben, der selbst aber ihrer Hilfe nicht bedürfe. Nur der mobilisierte Weltarbeiterklasse tatsächlich für die Sowjetmacht, der den Arbeitern die Wahrheit sagt über die Lage in Rußland, die Wahrheit insbesondere über die Lage der russischen Arbeiter und der den Arbeitern zugleich zeigt, daß Sowjetrußland der Hort des Weltproletariats, der aktiven Hilfe der Arbeiter der ganzen Welt bedarf und daß die Arbeiter der ganzen Welt Sowjetrußland helfen müssen im eigenen Interesse der gesamten Arbeiterschaft! Dazu aber ist weiter nötig, daß die Arbeiter unterscheiden, die Sowjetmacht und den Stalinismus: denn der Stalinismus ist es, der die Sowjetmacht, den proletarischen Charakter der Sowjetmacht immer mehr gefährdet. Den Stalinismus fördern, heißt die Sowjetmacht immer mehr gefährden — den Stalinismus unerbittlich bekämpfen bis zu seiner Überwindung durch den Leninismus, das heißt der Sowjetmacht helfen und sie retten.

Die stalinistischen Schönfärbereien über Sowjetrußland nützen nicht, sondern schaden dem Sozialismus. Nichts kompromittiert den Sozialismus, den Kommunismus so sehr, wie diese stalinistische Berichterstattung, die die Dinge in Rußland als «Sozialismus» vorschwindelt. Die Stalin-Politik verschiebt je weiter, desto mehr die Kräfteverhältnisse der Klassen in Rußland zum Nachteil der Arbeiter und bringt die Errungenschaften der Oktoberrevolution in immer größere Gefahr. Das ist die Wahrheit. Diese Wahrheit verbreiten, heißt der Sowjetmacht helfen, sich von der Politik zu befreien, die die proletarische Diktatur in Rußland in den Abgrund führt, vom Stalinismus, und den Weg freilegen für die Linie Lenins. Für den revolutionären Internationalismus, für den revolutionären Realismus. Diese Wahrheit verbreitet die Linksopposition und wird sie weiter verbreiten, unbeirrt durch alles stalinistische Gekläffe.

Acht geschlagene Wochen haben die Stalin-Bürokraten gebraucht, bevor sie sich zu einer Antwort aufgerafft haben. Von den elf Kollegen, die mit mir in der Stoßbrigade gearbeitet haben, haben sieben die Antwort nicht unterschrieben, obwohl die Stalin-Bürokraten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, sie dazu zu bewegen. Nur jene vier haben unterschrieben, die von der Stalin-Bürokratie Vorteile für sich erwarten. Außerdem hat noch jener Luhan unterschrieben, der nicht in der Stoßbrigade arbeitete, sondern in die Profinternschule ging und zu uns nur kam, um etwas für sich zu erbetteln oder um uns «politisch zu bearbeiten».

Ich halte alles, was ich geschrieben, in vollem Umfang aufrecht. Die stalinistische Antwort drückt sich um die wichtigsten Punkte. In den wenigen Fragen, die sie berührt, drückt sie sich um den Kern der Sache oder sucht mich persönlich anzugreifen. Auch das, was sie über meine Person vorbringt, ist durchwegs Lüge.

Die Arbeiter, die sich ein richtiges Urteil bilden wollen, sollen sich die Arbeit nicht verdrießen lassen meine Berichtsartikel in Nr. 90 und 92 der «Arbeiter-Stimme» und die stalinistische Antwort darauf («Der Rote Bauarbeiter» Nr. 1) nebeneinanderzulegen und sorgfältig miteinander zu vergleichen. So werden sie erkennen, das alles, was ich geschrieben, reine Wahrheit ist. Leider ist diese Nebeneinanderstellung in der «Arbeiter-Stimme» wegen der Knappheit des Raumes nicht möglich.

Gegenüber den Lügen und Verleumdungen des «Roten Bauarbeiters» begnüge ich mich folgendes festzustellen:

1. Ich war Stalinist, habe als solcher

Arbeiterkulturband „Spartakus“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-58.

Jeden Freitag von 7/8 bis 10 Uhr abends.

Bildungskurs. Montag, 22. Februar, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, 1/2 8 Uhr abends.

14. Februar. Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Neuwaldegg. Treffpunkt 1/2 4 Uhr Jubiläumswarte.

21. Februar. Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Grinzing. Treffpunkt 4 Uhr «Eiserne Hand» auf dem Kahleberg.

alle Auffassungen des Stalinismus geteilt und daher auch alles nur in der stalinistischen Beleuchtung gesehen. Was ich drüben unter dem Stalinismus erlebt, machte mich stutzig. Aber noch immer hielt ich an meiner Auffassung fest und hielt das, was ich sah und erlebte, nur als vereinzelte Entgleisungen. Als wir nach Wien zurückkamen (April 1931), verlangten wir eine gründliche Aussprache über alles und außerdem ein Parteigericht über gewisse schuldige Personen (siehe meine Berichtsartikel). Das nun hat das stalinistische ZK verweigert. Gerade diese Weigerung hat mich dazu gebracht, alles, was ich drüben erlebt, im Zusammenhang zu überdenken, zu überprüfen. Gerade in dieser Zeit kam die «Arbeiter-Stimme» in meine Hand, ohne daß ich eine Fühlung mit der Linksopposition gehabt hätte. Die «Arbeiter-Stimme» hat mir bei der Überprüfung, hat mir bei meiner Klärung große Hilfe geleistet. Nun erst erkannte ich immer deutlicher an der Hand meiner Erfahrungen, daß meine bisherige Auffassung unrichtig sei und daß die Grundquelle der Uebelstände in der Partei, in der Komintern und in Rußland ist der Stalinismus.

Gerade weil die «Rote Fahne» und die Stalin-Presse überhaupt die Verhältnisse unter dem Stalinismus idealisiert, schönfärbt — sehr zum Schaden der Sowjetmacht! — gerade weil sie das fälschlich als Sozialismus darstellt und den Sozialismus so furchtbar kompromittiert, gerade darum hielt ich es für meine proletarisch-revolutionäre Pflicht, in der «Arbeiter-Stimme» meine wahrheitsgemäßen Erlebnisse den Arbeitern zur Kenntnis zu bringen.

2. Wir haben vor der Abfahrt jeder 700 S bekommen. Das heißt das ganze Geld bekam die Partei und die Stalin-Bürokraten behielten davon 1600 S. Von dem Rest wurden Werkzeuge angeschafft und die Fahrt samt Verköstigung bestritten. Uns blieb jedem, so wie ich berichtet, rund 200 S (außer den Fahrtspesen). Diese 200 S gab jeder seiner Familie. Das Geld, das unsere Familien von drüben hätten erhalten sollen, bekamen sie erst nach drei Monaten und da erst nachdem wir darum aufs schwerste gekämpft.

Die Verpölgung war so, wie ich sie schildert. Erst nach fünf Monaten hat sich

das gebessert, so wie ich es in meinem Bericht geschildert. Ich habe zum Essen nicht um ein Gramm mehr bekommen als die anderen und niemand hat mir dazu etwas geschenkt. Es ist also ein Blödsinn mir vorzuwerfen, ich sei ein «Vielfraß» gewesen.

3. Ich wurde, so wie ich berichtet, zweimal prämiert: einmal mit der ganzen österreichischen Stoßbrigade, wo ich 25 Rubel bekam (Bau des Dom Zig); das zweite Mal im Februar 1931, wo ich 300 Rubel von der Arbeiter- und Bauerninspektion bekam. Daß ich irgendwelche Medaille bekommen hätte, habe ich nie behauptet.

Es ist auch eine Lüge, daß ich mich je als Ingenieur ausgegeben hätte. Wahr ist jedoch folgendes: daß in Moskau ein Leitergerüst zwar im Museum existiert hat, das aber erst, als ich einfacher Arbeiter (nicht als «Ingenieur») die Arbeit mit Leitergerüst 1930/31 eingeführt habe.

4. Ich stellte wegen meines Weiterverbleibens lediglich folgende Bedingungen: gesunde Wohnung, ärztliche Hilfe im Erkrankungsfall für mich und meine Familie und einmal im Jahr einen Monatslohn in Valuta für meine kranke alte Mutter. Das hat man abgelehnt. Alles andere ist Lüge.

5. Der Vertrag war für Leitergerüst abgeschlossen worden. Von «qualifizierten» Leitergerüstern war darin keine Rede. Übrigens waren von den zehn Gerüstern in der Tat acht qualifiziert. Die zwei anderen haben durch gefälschte Papiere sowohl mich als auch die russische Handelsvertretung irreführt.

Die Lohndifferenzen entstanden dadurch, daß die RKI (Arbeiter- und Bauerninspektion) nach unserer Ankunft mit uns einen Monatslohn von 250 Rubel vereinbarte, was uns dann aber abgestritten wurde. Man wollte uns viel weniger zahlen.

Wenn ich all das wiederholen sollte, worüber die stalinistische Antwort (siehe «Roter Bauarbeiter» Nr. 1) schweigt, also als wahr zugibt, müßte ich meine Berichtsartikel noch einmal schreiben. Es genügt, festzustellen, daß die stalinistische Antwort zu allem Wesentlichen schweigt und damit alles Wesentliche, was ich geschrieben, als wahr einzustehen gezwungen ist. Dieses Wesentliche lautet zusammengefaßt wie folgt: Die Lage der russischen Arbeitermassen ist ganz anders, als sie von der Stalin-Presse dargestellt wird. Vor allem haben die russischen Arbeiter nichts zu reden im Betrieb und die

russischen Arbeiterkommunisten nichts zu reden in der Partei. Das ist das Ergebnis acht Jahre stalinistischer Politik. Nach acht Jahren stalinistischer Politik steht es so mit der Arbeiterklasse! Der Stalinismus führt die russischen Arbeiter, führt die kommunistische Sache dem Abgrund zu. Das wollte ich mit meinen Erlebnissen beweisen. Das Schweigen der stalinistischen Antwort zu allen wesentlichen Tatsachen, über die ich berichtet, unterstreicht die Eindringlichkeit meines Berichtes.

Stalinauslese

Vom Kreisleitungsmitglied Scheicher aufmerk gemacht und unterstützt, ist es zwei Einbrechern gelungen, aus dem kommunistischen Kreissekretariat in der Hernalscher Hauptstraße 208 zwei Schreibmaschinen zu stehlen. Das ist die Stalin-Auslese! Um sich trotz ihres Bankrottes zu halten, wechseln die Stalin-Bürokraten fort und fort die Funktionäre wie Unterhosen. Kein Wunder, daß die Leute vom Schlage dieses Scheicher in so hohe Parteifunktionen kommen. Um die Partei von den Scheicher & Co. zu säubern, muß man sie gesunden von der Stalin-Pest!

Zweiter Fünfjahrplan

Nicht der Knotenpunkt der Weltrevolution, die deutsche Frage, stand im Mittelpunkt des Stalinschen Parteitag, sondern — der zweite Fünfjahrplan. Es ist die alte russischnationalistische Linie Stalins. Am Ende dieses zweiten Planes, also nach fünf Jahren, sollen nach Stalin die kapitalistischen Elemente völlig liquidiert und überhaupt die Klassen vollkommen vernichtet sein. Noch fünf Jahre folgt meiner «Generallinie» und dann seid ihr in der klassenlosen Gesellschaft, im vollendeten Kommunismus, verspricht der kleine Moritz Stalin. Bleiben wir bei der Gegenwart. Vor zwei Jahren hörten wir Stalin und seine Presse jubeln, die Kulaken aus Klasse seien vollkommen liquidiert, Sowjetrußland sei entkulakisiert. Wie steht es damit heute? Auf einmal verspricht uns Mister Stalin die vollkommene Liquidierung der kapitalistischen Elemente im Dorf (lies: Kulaken) — nach fünf Jahren. Womit bewiesen ist, daß die Kulaken nicht liquidiert sind und daß Stalin vor zwei Jahren glatt gelogen hat. So wie mit den Kulaken, so steht es unter dem Stalinismus und dank des Stalinismus mit allem, wenn man die Stalin-Phrase klassenmäßig untersucht. Die Organen sind eine vortreffliche Sache, aber prüft die Kräfteverhältnisse der Klassen und ihr seht: daß sie sich trotz und eben durch die achtjährige Politik Stalins nicht zugunsten, sondern zum Nachteil der Arbeiter verschieben. Der Hauptzweck des zweiten Fünfjahrplanes ist dieser: Das bombastische Auftrumpfen mit «Überzigantens» soll Arbeiter und Kommunisten betauschen und ablenken. Aber die Ereignisse selbst stoßen die Arbeiter und die Kommunisten immer härter auf die entscheidende Frage: Die stalinistische Politik in ihrer Auswirkung führt zu immer weiterer Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen, zum Nachteil der Arbeiter.

Aus der Opposition

Stalinsumpf Leoben Aktiver Parteiarbeiter kommt zur Linksopposition

Als achtjähriges Mitglied der KPOe in Leoben, Obmann der Roten Hilfe, Vorsitzender des revolutionären Arbeitslosenkomitees, erkläre ich hiemit vor allen Arbeitern meinen Beitritt zur KPOe (Opposition). Als langjähriges Mitglied der KP und aufrichtiger Revolutionär kam ich wiederholt bei Parteitagdiskussionen, Konferenzen und in der täglichen Politik in Widerspruch mit den Stalinbeamten Leeb und Durstmüller. Da ich ihnen wiederholt auf die Finger klopfte und ihre korrupten Handlungen den Parteimitgliedern aufzeigte, richtete sich ihr ganzer Haß gegen mich. Mit allen Mitteln trachteten sie mich aus der KP auszuschließen. Da ich jedoch einen größeren Einfluß auf die Mitglieder hatte, war es ihnen lange nicht möglich, ihre Gemeinheit zu verwirklichen. Als jedoch Oberfeldwebel Kopenig auf dem letzten Parteitag mit der These kam, «Weg mit den verkalkten Elementen (richtig: den erfahrensten Elementen, die sich Korruption nicht gefallen lassen) aus der Partei!», hielten die Unterfeldwebel Leeb und Durstmüller ihre Stunde für gekommen. In der Diskussion zum Parteitag erklärte Leeb in seinem Referat, Rupert müsse aus der Partei geworfen werden, denn er sei ein «verkalktes Element». Wie es mit seiner «Verkalktheit» aussieht, will ich hier aufzeigen. Rupert trat 1923 der KPOe bei, war ununterbrochen Mitglied bei 1931. 1923 wurden revolutionäre Arbeiter von

den Nationalsozialisten überfallen, wobei auch Revolvergeschüsse knallten. Rupert, der sich an dem Ausflug beteiligt hatte, wurde verhaftet und saß damals zwei Monate in Untersuchungshaft. Nach seiner Entlassung kämpfte er weiter, stellte seine ganze Kraft als Funktionär in die Dienste der Partei. Am 25. Februar 1931 führte er eine Arbeitslösendemonstration von über 4000 Arbeitern. Wieder war er an der Spitze der Arbeiterschaft und erhielt wegen Aufruhr, Auflauf, Wachebeleidigung zwei Monate schweren Kerkers. So sehen die «verkalkten Elemente» aus. Ja, die Stalinbureaucraten gaben sogar die Lösung, Lenz und Rupert auf offener Straße zu erschlagen, denn sie haben Angst, daß man den Mitgliedern die Wahrheit über sie sagt. Wir werden zusammen mit euch mit aller Kraft daran arbeiten, die stalinistische Politik und Sawirtschaft zu überwinden und die Partei zu gesunden, sie wieder zu führen auf die Linie von Marx und Lenin.

Mit kommunistischem Gruß
Hans Rupert, Metallarbeiter.

Zentraler Diskussionsabend, Montag, den 22. Februar, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, 1/2 8 Uhr abends.

Bezirksorganisation Ottakring, Jeden Freitag im Gasthaus Fanowitz, XVI., Koppstraße 47, 1/2 8 Uhr abends.

Eigentümer: Kommunistische P. Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.